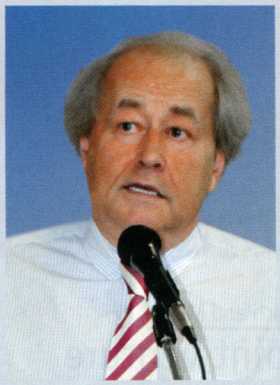
Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

Strohfeuer?

„Deutschland im Aufschwungmodus" – so überschrieb die FAZ Ende April ihren monatlichen Konjunkturbericht. Für gute Stimmung sorgte auch der für März gemeldete Exportrekord, der gegenüber dem Vorjahresmonat einen beachtlichen Anstieg um 12,4% markiert hat. Überrascht hat ebenfalls die von der EU-Kommission auf 1,5% angehobene Konjunkturprognose 2015 für die Euro-Zone. Gut kam auch die neue Steuerschätzung an, der zufolge Bund, Länder und Kommunen in den nächsten fünf Jahren 40 Mrd. EUR zusätzlich einnehmen werden. Angesichts der massiven Konjunkturförderung durch die von der EZB betriebene Euro-Kurssenkung sowie die niedrigen Zinsen und Ölpreise rückt die Frage in den Mittelpunkt, wie lange der Aufschwung anhalten wird. So warnt das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) vor einem Strohfeuer. Schon 2016 werde die deutsche Konjunktur deutlich an Kraft verlieren. Weiter heißt es mit Blick auf Mindestlohn und Rentenpolitik: „Mit einer Wirtschaftspolitik ohne Impulse für anhaltende Investitionen und Wachstum werden die Chancen auf einen lang anhaltenden dynamischen Aufschwung verspielt."

Fitness statt Doping

Die „Welt" sieht die Gefahr, dass die große Koalition unseren Wohlstand verspiele. Für die Unternehmer sei Schwarz-Rot bisher eine große Enttäuschung. Statt der Entwicklung einer neuen Zukunftsagenda habe die Regierung die Reformen der Vergangenheit zurückgedreht. Vor allem die Untätigkeit bei der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sei fahrlässig. Die Politik des ultrabilligen Geldes täusche Konkurrenzstärke vor. Deutschland brauche kein geldpolitisches Doping, sondern ein nachhaltiges volkswirtschaftliches Fitness-Programm.

Sicherer Hafen

Deutschland ist unter ausländischen Investoren so beliebt wie nie zuvor. Im Jahr 2014 sind 1.199 Projekte mit einem Gesamtvolumen von 3,2 Mrd. EUR gestartet worden, die mindestens 16.000 neue Arbeitsplätze geschaffen haben. Das bedeutet – laut Germany Trade & Invest (GTAI) –gegenüber 2013 eine Steigerung um 21%. Noch gilt die Bundesrepublik offenbar als eine Art sicherer Hafen in Europa. Die mit Abstand meisten Investoren kamen aus China: 190 Neugründungen widmen sich der Produktion und dem Vertrieb, aber auch der Forschung und Entwicklung. Auf dem zweiten Platz rangierten die USA mit 168 Ansiedlungen vor der Schweiz mit 130. Auch bei der Übernahme bestehender deutscher Unternehmen zeigen ausländische Investoren verstärkt Flagge. GTAI hat 2014 489 Übernahmen und Fusionen registriert. Hier führten die USA mit 114 Transaktionen vor Großbritannien (58) und der Schweiz (44).

Rechtsbruch der EU

Selbst der juristische Dienst des EU-Ministerrats hält die diversen Aufweichungen des Stabilitätspaktes für rechtswidrig. In einem Gutachten für die EU-Finanzminister kritisieren die Ratsjuristen „zweideutige Formulierungen" und unzulässige Neuinterpretationen der sogenannten Strukturreformklausel. Das geltende Recht erlaubt es Mitgliedsländern nur dann, von ihren Haushaltszielen abzuweichen, wenn sie entsprechende Strukturreformen als Gesetze beschließen und auch tatsächlich durchführen. Jetzt reiche der Kommission schon die bloße Vorlage eines Reformplans aus. Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hatte im Januar zu den Irritationen über das generöse Entgegenkommen bei den Staatsdefiziten Frankreichs und Italiens erklärt, an den Regeln und am Geist des Stabilitätspaktes werde nichts geändert. Juncker weiter in der für ihn typischen Dialektik: „Möglich wird lediglich eine Dosis Flexibilität in der Anwendung."

Nachrichtenlage

Polit-Akteure und Aktionen scheinen bei der Euro-Rettung allmählich außer Kontrolle zu geraten. So hat der Bundesfinanzminister kürzlich den vom IWF geforderten Schuldenerlass für Griechenland angesichts des daraus resultierenden Zwangs zur Wertberichtigung im Bundeshaushalt abgelehnt. Am Rande: Ein fünfzigprozentiger Schuldenschnitt würde den deutschen Etat sofort mit etwa 25 Mrd. Euro belasten. Die neue griechische Regierung unterscheidet sich in puncto Vetternwirtschaft offenbar nicht von den Vorgänger-Administrationen. Der stellvertretende griechische Finanzminister soll einen größeren Betrag auf private Konten in Luxemburg geschafft haben. Der griechische Energieminister hat die deutsche Regierung „als eines der grausamsten Machtzentren in Europa" bezeichnet. Die Schweizer Regierung lässt wissen, dass ihr Angebot an Griechenland zur Unterstützung bei der Verfolgung von Steuerflucht über mehrere Jahre ohne Reaktion geblieben ist. Obwohl allein die sogenannte Lagarde-Liste über 2.000 Namen von griechischen Steuerflüchtlingen umfasste, sind aus Athen nur 15 Anträge auf Amtshilfe gestellt worden. Ein CDU-Bundestagsabgeordneter hat seine Partei aufgefordert, den Bürgern endlich reinen Wein einzuschenken: „Bleibt Griechenland im Euro, wird es nicht nur eine drittes Hilfspaket geben, sondern auch ein viertes, fünftes oder sogar mehr." Die FAZ wertet die europäischen Treueschwüre der Bundeskanzlerin gegenüber Griechenland als „fast bedingungslose Zusage", das Land weiter herauszupauken, kurzfristig durch EZB-Notkredite und auf Dauer durch das nächste Hilfsprogramm. Das Blatt fragt rhetorisch: „Warum sollte sich Varoufakis anders verhalten, solange er um diese bedingungslose Hilfsbereitschaft weiß?" Wen überrascht es da noch, dass Schäuble plötzlich ein drittes Rettungsprogramm für „erwägenswert" hält?